



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/139

12. Oktober 1949

Die deutsche Minderheit in Dänemark

J.S. Der Landtag von Schleswig-Holstein hat kürzlich eine Erklärung der Landesregierung gebilligt, wonach der dänischen Volksgruppe

in Südschleswig Minderheitenrechte eingeräumt werden, die auch von der Regierung in Kopenhagen als zufriedenstellend angesehen werden.

Die Kieler Erklärung spricht in der Präambel von der "Erwartung, dass die dänische Regierung der deutschen Minderheit in Nordschleswig die-

selben Rechte und Freiheiten einräumen und garantieren wird". Dieser Satz war nicht ohne Bedacht der Minderheitenerklärung vorangestellt

worden.

Die deutsche Minderheit in Nordschleswig, also auf dänischem Staatsgebiet, zählt etwa 30.000 Menschen, die in ziemlich geschlossenem Block nördlich der deutsch-dänischen Grenze siedeln. Während des Krieges erlag diese Volksgruppe, wie die meisten volksdeutschen Gruppen,

den nationalsozialistischen Parolen und die Besatzungspolitik stützte sich in diesem Gebiet zum Nachteil Dänemarks sehr stark auf die Exi-

stenz einer dem Regime blind ergebenden Bevölkerung. Als Dänemark wieder frei war, drehte man den Spieß um. Die Dänen ahndeten das Ver-

halten der deutschen Minderheit während des Krieges als Verrat an den staatsbürgerlichen Pflichten; neben vielen Akten der Privatrache mit

allen bekannten Auswüchsen gab es auch eine staatliche Vergeltung. Die dänischen Gerichte verhängten insgesamt etwa 5000 Jahre Gefängnis;

global verrechnet besagt das, dass jeder sechste Deutsche in Dänemark ein Jahr Gefängnis erhielt. Das hat nicht zur Befriedung beigetragen.

Als diskriminierend wurde ferner empfunden, dass die in Dänemark bestehenden deutschen Minderheitenschulen bis auf fünf beschlagnahmt

wurden.

Seither sind 4 1/2 Jahre vergangen und die meisten Ressentiments aus der Kriegs- und Nachkriegszeit mussten an Schärfe verloren haben.

Gestützt auf die Präambel der Kieler Erklärung, hat der Hauptvorstand

des Bundes deutscher Nordschleswiger die dänische Regierung um einen ähnlichen "Freiheitsbrief" gebeten, wie ihn Kiel der dänischen Volksgruppe gewährt hat. Die deutsche Minderheit in Dänemark, so hiess es in der Bitte, sei zum Teil einer Kollektivbestrafung unterworfen worden, und diese Rechnung müsse einmal abgeschlossen werden.

Die dänische Regierung hat nun durch ihren Ministerpräsidenten erklären lassen, dass sie nicht die Absicht habe, ein ähnliches Abkommen wie die Kieler Regierung mit der deutschen Minderheit zu treffen. Sie scheut sich, angesichts der zahlenmässigen Relationen der Bevölkerung nach ein Minderheitenproblem überhaupt anzuerkennen. Tatsächlich stellen die Deutschen in Dänemark nicht einmal ein Promille der Gesamtbevölkerung dar, während die dänische Volksgruppe in Schleswig-Holstein zahlenmässig stärker ins Gewicht fällt. Vergleicht man allerdings die Stärke der dänischen Volksgruppe mit der Bevölkerungszahl des gesamten Bundesgebietes, dann ergibt sich für die Dänen eine noch ungünstigere Relation als sie die Regierung von Kopenhagen zur Grundlage ihrer Politik nimmt. Über die Berechtigung der dänischen Ansicht liesse sich also streiten.

Gleichwohl erkennt die dänische Regierung an, dass ein Problem der deutschen Minderheit besteht. Aber sie will es nicht mit formalen Erklärungen, sondern via facti klären. So ist nach dänischen Zusicherungen demnächst mit einer Amnestie der Kollaboranten unter der deutschen Minderheit zu rechnen und weitere 15 der bei Kriegsende beschlagnahmten deutschen Privatschulen sind der deutschen Minderheit zum Rückkauf angeboten worden. Der Bund deutscher Nordschleswiger hat sich an die Regierung von Kiel um finanzielle Hilfe gewandt und Kiel hat die Bitte an Bonn weitergeleitet.

Es gibt ausser der Amnestie und der Schulfrage (die uns in der praktizierten Form von Privatschulen hüben wie drüben keine vollkommen befriedigende Lösung zu sein scheint) auf dänischer Seite gewiss noch viele Probleme zu lösen, die auf deutscher Seite in der Kieler Erklärung geregelt worden sind. Aber es wäre unklug, die sich anbahnende Entwicklung durch den Ruf nach einer formal niedergelegten Gegenseitigkeit zu stören. Es kommt schliesslich auf das Ergebnis an, nicht auf den Weg. Wenn die dänische Regierung der deutschen Minderheit ihr Recht in der Praxis zukommen lassen will, so soll man sie daran nicht mit der Forderung nach einem Minderheitenstatut hindern. Die dänische Regierung hat in den vergangenen Jahren in Grenzfragen soviel gesunden Menschenverstand aufgebracht, dass man ihr von deutscher Seite das Vertrauen in der Minderheitenfrage ohne weiteres vorschieben kann. Zu Reklamationen ist immer noch Zeit, wenn sich herausstellt, dass die Praxis in Nordschleswig sich von der in Südschleswig zum Nachteil der Deutschen auswirkt. Wir meinen, dass damit die Wunden des Krieges am besten geheilt werden.

12.10.1949

Aufgrund einer Bitte unserer Londoner Korrespondentin hat uns Mr. Harold Davies, Mitglied des Unterhauses, einige Beiträge über Probleme übersandt, die in London zur Zeit heftig diskutiert werden. Wir veröffentlichen heute den ersten dieser Beiträge.

Wende in der Demontagepolitik?

Von Harold Davies, Mitglied des Unterhauses

Das Demontage-Problem wird in parlamentarischen Labour-Kreisen mit wachsender Sorge betrachtet. Abgeordnete der Labour Party haben aus Deutschland zahlreiche Briefe erhalten, die sich mit dieser Frage beschäftigen und in den Wandelgängen des Parlaments macht sich in zunehmendem Masse die Bereitschaft für eine Revision des bisherigen Standpunktes geltend. Die Abgeordneten der Labour Party empfinden die Notwendigkeit, mit ihren Gesinnungsfreunden in Westdeutschland in engeren Kontakt zu kommen und fordern einen Wechsel in der Demontage-Politik. Sie betrachten die Atombombe nach den Nachrichten aus Russland als abgewertet und sind von der Möglichkeit, dass sich der "Kalte Krieg" in einen "Heissen" verwandeln könnte, wenig begeistert. Auch dies dürfte ihre Einstellung zur Demontage beeinflussen. Man erwartet daher, dass nach den Parlamentsferien die Demontagefrage erneut aufgeworfen wird. Labour-Abgeordnete, die in letzter Zeit in Deutschland weilten, sind betrübt über die Wirkung, die die Fortsetzung der bisherigen Demontage-Politik auf die Entwicklung der deutschen Sozialdemokraten ausübte. Man sieht das Problem jetzt mit anderen Augen an und will die Diskussion bald nach den Ferien bei den internen Besprechungen der parlamentarischen Kreise der Labour Party auf dieses Problem lenken.

* * *

Wieder einmal "historischer Fackelzug"

Dr.K. Berlin, im Oktober

Es war wie am 30. Januar 1933. Wie damals Goebbels am Mikrofon des Deutschlandsenders, so fand auch gestern der kommunistische Sprecher des gleichen Senders immer wieder nur die gleichen, in Ekstase herausgestossenen Worte: Fackeln, Fackeln, nichts als Fackeln! Es fehlte auch nicht der Stechschritt, es fehlten nicht die Sonderzüge und die Tausende von Lastautos mit "begeisterten Volksgenossen" aus der Ostzone. Pieck, so konnte man hören, sei jetzt nicht nur der Vater der einheitlichen Arbeiterklasse, sondern der "Vater der gesamt-

ten deutschen Nation".

Mit der Wahl Piecks zum Staatspräsidenten, der Ernennung Grotewohls zum Ministerpräsidenten und der am Montag erfolgten Wahl

Bruschkes zum Ministerpräsidenten von Sachsen-anhalt anstelle des zurückgetretenen Professors Hübener (LDP) befinden sich nun alle

politischen Schlüsselstellungen der Ostzone in den Händen der SED. Demgegenüber besitzt die endgültige Verteilung der Ministersitze

des neuen Sowjetprotektorates nur noch zweitrangige Bedeutung.

Der Wahl Piecks ging am Montag die Konstituierung der provisorischen Länderkammer voraus, die sich aus 34 Abgeordneten zusammen-

setzt, von denen 18 Abgeordnete der SED angehören. Das Zustandekommen dieser kommunistischen Mehrheit bleibt, wenn man sich nur eini-

germessen an demokratische Spielregeln hält, ein Geheimnis. Im Brandenburgischen Landtag zum Beispiel verfügten die Ostzonen-CDU

und LDP zusammen über 6 Sitze mehr als die Einheitspartei. Trotzdem ist aber das Land Brandenburg in dem neuen politischen Gremium mit

drei ED und nur je einem CDU- und LDP-Delegierten vertreten. In vielen Teilen der Ostzone hat die Bevölkerung aus ihrer Verbitterung

kein Hehl gemacht, zahlreiche Verhaftungen waren die Folge. Um diese Eindrücke zu übertünchen, bemüht sich Karlsruh darzutun, wie gross-

artig die Souveränitätsrechte seien, die die SMA der Regierung eingeräumt habe. In Wirklichkeit hat die SMA auf Befugnisse nur dort

verzichtet, wo dank der personellen Besetzung mit linientreuen Kommunisten ohnedies keine andere als eine der SMA genehme Entscheidung

zu erwarten ist.

* * *

Die Acland-Reisestipendien

(Sp.) Mr. E. Wohlgenuth, ein Mitglied der Labour-Studentenorganisation in London, ist in Deutschland eingetroffen. Er hat das diesjährige Stipendium der englischen Arbeiterbewegung gewonnen und soll eine Arbeit über den "Wiederaufbau der Gewerkschafts-, Genossenschafts- und politischen Arbeiterbewegung in Deutschland seit 1945" fertigstellen.

Dieses Stipendium ist Sir Arthur H. D. Acland zu verdanken, der in seinem Testament 10.000 Pfund "zum Zwecke des Studiums der industriellen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in Ländern ausserhalb Grossbritanniens" zur Verfügung stellte. Im allgemeinen werden nur solche Themen ausgesucht, die für die Arbeiterbewegung von Interesse und Nutzen sind. Der Fond, der seit 1927 besteht, wird von der Labour Party und den Genossenschaften verwaltet. Jedes Jahr werden ein bis drei Kandidaten ausgewählt, die in einem Zeitraum von 6 Monaten ihre jeweilige Aufgabe zu erfüllen haben. Die Kandidaten müssen zwischen 20 und 30 Jahre alt sein und sprachliche sowie fachliche Voraussetzungen für ihre Arbeit haben. Bis 1933 war fast jedes Jahr ein Stipendiat in Deutschland. Diesmal standen noch die Themen "Europa-Union" und "Staatliche Kontrolle des Einzelhandels in Dänemark und Norwegen" zur Auswahl.

Im Stadium der letzten Prüfung

sp. Die Bundestags-Kommission, die mit der genauen Überprüfung der Frage beauftragt ist, ob Bonn oder Frankfurt geeigneter erscheint, vorläufiger Sitz der Deutschen Bundesregierung zu sein, hat den ersten Teil ihrer Arbeit so gut wie abgeschlossen. Er galt der Überprüfung der Möglichkeiten in Bonn. Am Freitag und an den darauffolgenden Tagen wird die Kommission Frankfurt und die nähere Umgebung dieser Stadt besuchen.

Die Bonner Untersuchung hat, wie wir hören, ergeben, dass in früheren, modernen Kasernen vier Ministerien gut untergebracht werden können, die Einrichtung soll durchaus zweckentsprechend sein. Für vier weitere Ministerien ist die Unterkunft durchaus unzureichend, ohne dass darüber schon Einzelheiten bekannt geworden sind, bei den restlichen fünf erscheint eine ordnungsmässige Unterbringung überhaupt unmöglich. Eine abschliessende, begründende Stellungnahme des Ausschusses ist natürlich nicht vor dem Ende auch der Erhebungen in Frankfurt zu erwarten. Jetzt aber scheint bereits erwiesen, dass das Problem der Unterbringung der Menschen, die in den Ministerien arbeiten sollen, in Bonn einfach unlösbar ist.

Wenn von interessierter Seite im Zusammenhang mit dieser Frage das Argument benutzt wird, es würde doch annähernd 100 Millionen Mark kosten, den Raum von Frankfurt/Main besatzungsfrei zu machen, so dass durch diese Ausgabe sich die Kosten, die noch für die weitere Ausgestaltung von Bonn notwendig sind, erheblich verringern würden, so ist auch das ein Einwand von sehr zweifelhaftem Wert. Einmal ist es sehr ungewiss, ob überhaupt der Raum um Frankfurt unbedingt besatzungsfrei gemacht werden müsse. Wenn man sich aber auf den Standpunkt stellt, dass das aus realen und prestigemässigen Gründen notwendig sei, so würden doch die erforderlichen Aufwendungen weit unter der genannten Summe liegen.

(m/1/1210/hs)

* * *

"Über Weimar hinaus"

sp. Unter dem Titel "Revisionismus" untersucht die Zeitschrift "Die Gegenwart" die durch die Bundeswahl und durch die Bildung der "kleinen Koalition" in Bonn geschaffenen politischen Verhältnisse. Die Zeitschrift gelangt dabei zu folgendem bemerkenswerten Urteil:

"Die durch die Wahl vom 14. August vollzogene Scheidung des deutschen Volkes in Gegner und Anhänger der "sozialen Marktwirtschaft" ist ein Positivum, das am Beginn des deutschen parlamentarischen Lebens von grösster Bedeutung ist. Sie hat die konstruktive Voraussetzung für das Funktionieren eines echten Parlamentarismus in Deutschland überhaupt erst geschaffen, für das Kräfte- und Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition. Unter dieser Perspektive gesehen, ist die Bonner Konstruktion ein entscheidender und entscheidender Schritt über Weimar hinaus, Wenn Dr. Schumacher auch den neuen Staat in einer Periode "der absoluten Restauration mit stark vorweimarischen Zügen" sieht, so trägt seine Interpretation von der oppositionellen Rolle der SPD im Parlament umso deutlicher "nachweimarische" Züge: indem sich diese Rolle nicht in der blossen Verneinung der Regierungsvorschläge erschöpfen sollte, die Opposition vielmehr permanent versuchen müsse, der Regierung und deren Parteien ihren "positiven Gestaltungswillen", das heisst also die permanente Revision des Regierungsprogramms aufzuzwingen - damit ist die bloss arithmetische Funktion der Opposition überwunden. Die Opposition ist nicht länger, wie es fast bei allen Koalitionen der Weimarer Republik der Fall war, der parlamentarische Rückstand, der Bodensatz des "Kuhhandels" zwischen den Parteien um Ministerposten, sondern ein autonomes parlamentarisches Amt, das bei einer falschen Koalition auch in die falschen Hände geraten muss. Auch insofern wäre die "Grosse Koalition" eine Sünde wider den Geist des echten Parlamentarismus gewesen, weil in ihr das Amt der Opposition verwaist geblieben und sie selbst damit nicht das Instrument der Revision, sondern blosser Negation geworden wäre".

* * *